

Stefan Mappus, Stuttgart 21, die Landtagswahl und ihre politischen Pläne

„Ich sehe meine Zukunft im Land“

Lockt sie die Bundespolitik? Tanja Gönner verneint energisch im Interview mit den PZ-Redakteuren Andreas Fiegel und Holger Knöferl. Die Umwelt- und Verkehrsministerin, die immer wieder für ein Ministeramt in Berlin gehandelt wird, sieht ihre politische Zukunft in Baden-Württemberg.

19. 11.

Pforzheimer Zeitung: Frau Gönner, Glückwunsch zum Wiedereinzug in den CDU-Bundesvorstand. Wie fühlen Sie sich als Stimmenkönigin?

Tanja Gönner: Ich habe mich sehr gefreut über dieses Ergebnis, weil es für mich auch überraschend war. Ich hatte die Hoffnung, dass ich im vorde- ren Drittlande, aber nie damit gerechnet, mit 87,55 Prozent Stimmen-

königin zu werden. Das zeigt mir, dass auch wahrgenommen wird, welche Arbeit gerade in Stuttgart geleistet wird. Und insofern war es eine tolle Bestätigung, die mir Kraft und Rückenwind gibt, für das, was noch vor mir liegt.

PZ: Die Landes-CDU ist künftig mit sieben – bisher sechs – Mitgliedern in Präsidium und Vorstand vertreten. Welchen Einfluss bekommt dadurch Baden-Württemberg auf die Bundes-CDU?

Gönner: Für uns war es wichtig, dass wir gerade bei den Beisitzern wieder das erreichen, was wir schon einmal erreicht hatten. Ich denke, es ist immer wieder entscheidend, die Sicht auch Baden-Württembergs einzubringen. Mir fällt es in vielen Diskussionen auf Bundesebene auf, dass wir aus Baden-Württemberg heraus manche Dinge etwas anders sehen vor dem Hintergrund eines ausgeprägten und starken Mittelstandes.



Das ist ein klassisches Merkmal für Baden-Württemberg. Ich glaube, gerade in wirtschaftspolitischen Debatten sind wir anders aufgestellt. Zudem sind wir in Baden-Württemberg diejenigen, die sehr viel in Kooperation und nicht in Konfrontation machen. Auch das bringen wir gerne ein.

PZ: Es gab auf dem Bundesparteitag viel Kontakt zwischen der Kanzlerin und dem Ministerpräsidenten. Wel-

chen Stand hat denn Stefan Mappus mittlerweile in der Bundes-CDU?

Gönnner: Mein Eindruck, soweit ich das beobachten kann, ist der, dass er einen guten Stand hat. Die Kanzlerin weiß, dass sie sich auf den Ministerpräsidenten verlassen kann, auch wenn es das eine oder andere Thema gibt, bei dem sie nicht immer einer Meinung sind. Doch auch das gehört in einer Partei dazu. Die beiden vertrauen sich gegenseitig und das halte ich für ganz wichtig und wesentlich. Im Übrigen auch um die Interessen Baden-Württembergs gut vertreten zu können. Auch in der Riege der Ministerpräsidenten hat sich Stefan Mappus gut eingefunden und wird dort als Schwergewicht wahrgenommen.

PZ: Sie gelten als junges Talent in der CDU, das immer wieder für einen Ministerposten in Berlin ins Spiel gebracht wird. Zuletzt vor dem Partei-

tag. Würde Sie ein Wechsel in ein Bundesministerium reizen?

Gönnner: Ich sehe meine Zukunft in Baden-Württemberg, weil ich dort einerseits die Chance habe, nah bei den Menschen zu sein, was mir wichtig ist. Und weil ich ab und zu meine eigenen vier Wände noch sehe. Andererseits, weil ich mir mein Schwäbisch nicht abgewöhnen muss.

PZ: Nervt es Sie, wenn Sie ständig ins Gespräch gebracht werden für höhere Aufgaben in Berlin?

Gönnner: Es hat wie so oft zwei Seiten. Auf der einen Seite ist es durchaus ehrenvoll, wenn man wahrgenommen wird. Auf der anderen Seite ist es anstrengend, wenn man ständig und immer wieder betonen muss, wie wohl man sich hier fühlt. Und dann gibt es natürlich schon den einen oder anderen, der einem mit dieser Diskussion schaden will. Insofern strengt es ab und zu schon an.

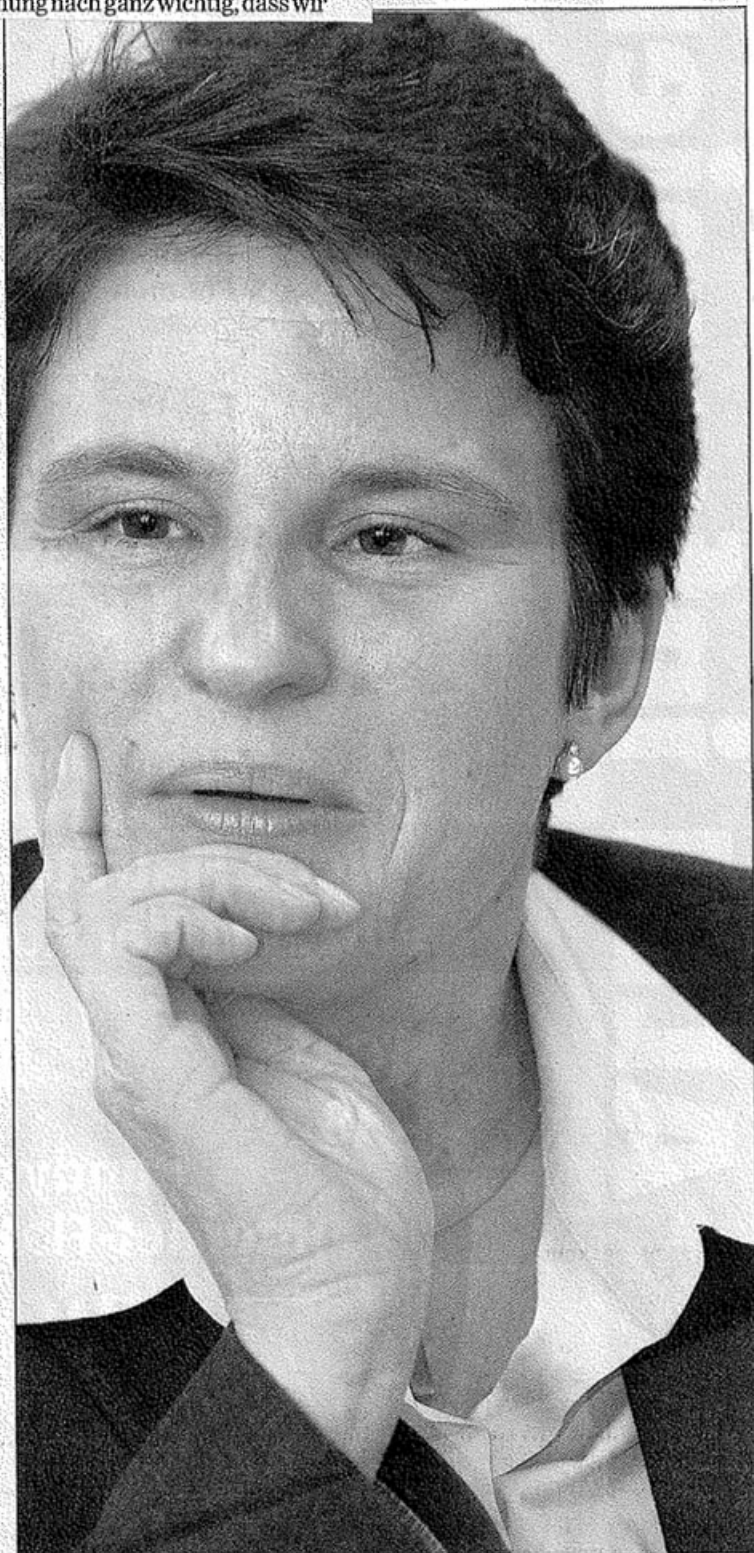
PZ: Kommen wir zur Schlichtung Stuttgart 21. Wie läuft die nach Ihren Eindrücken?

Gönnner: Es ist gelungen, dass wir die Emotionen etwas herausnehmen konnten aus dieser Diskussion und dass wir vor allem über Sachlichkeit

und über die Fakten selber sprechen. Da bin ich dem Schlichter Heiner Geißler sehr dankbar, dass ihm dies auch gelingt. Ich glaube, dass es für ihn ähnlich anstrengend ist wie für uns. Dennoch macht er seine Sache wirklich sehr gut, in dem er immer wieder sagt, lasst uns zurückkehren zum Thema. Vor dem Hintergrund der Entwicklung war es meiner Meinung nach ganz wichtig, dass wir

über die Sache diskutieren und nicht mit diffusen Ängsten argumentieren und damit Emotionen wecken. Mein Eindruck ist, dass uns die Schlichtung für die Stimmung, für das gegenseitige Miteinander in der Stadt Stuttgart durchaus hilft.

PZ: Wie wichtig ist die Person Heiner Geißler für die Schlichtung?



Mal keck, mal energisch, mal nachdenklich: Umwelt- und Verkehrsministerin Tanja Gönner zeigt im Interview mit der „Pforzheimer Zeitung“ facettenreiches Mienenspiel.

Fotos: Ketterl



PZ: Können Sie dafür ein Beispiel nennen?

Gönner: Wir haben schon beim ersten Schlichtungsgespräch darüber geredet, dass wir ein zweites Gleis am Flughafen in Erwägung ziehen. Es gibt den Vorschlag, dass man eine zusätzliche Brücke des Übergangs oder Verbreiterungen der entsprechenden Rolltreppen im Bahnhof macht. Das werden wir jetzt noch genauer herausarbeiten müssen. Ein weiteres Thema ist das Gefälle auf

dem Bahnsteig, das per se zwar kein Problem darstellt, das man aber ändern kann. Das würde allerdings ziemlich viel Geld in Anspruch nehmen. Aus diesem Grund heraus hat der Ministerpräsident das gesagt.

PZ: Sollte Geißler einen Volksentscheid vorschlagen, würde das die CDU wohl in arge Bedrängnis bringen. Den Menschen wäre dann das kategorische Nein von Ministerpräsident Stefan Mappus kaum noch zu vermitteln – oder?

Gönner: Ich will nicht spekulieren über die Frage, was soll rauskommen bei der Schlichtung. Ich bin aber der tiefen Überzeugung, dass Heiner Geißler, der gesagt hat, er sei Verfassungsjurist, sehr wohl weiß, dass eine solche Volksabstimmung keine rechtliche Bindung haben kann. Ich bin auch der Überzeugung, dass er nicht versuchen wird, etwas gegen die Verfassung zu machen. Und das kategorische Nein des Ministerpräsidenten hängt ja sehr stark von der Frage ab, ist es rechtlich zulässig oder nicht. Deshalb haben wir den Vorschlag der Opposition prüfen lassen. Ich warne uns wirklich als Politik im Gesamten davor, den Menschen den Eindruck zu geben, sie könnten etwas entscheiden, bei dem wir wissen, dass es eigentlich rechtlich nicht geht. Deshalb rate ich dazu, nicht ständig solche Erwartungen zu wecken.

PZ: Inwiefern kann die Schlichtung auch den politischen Schaden reparieren, der durch Stuttgart 21 entstanden ist?

Gönner: Ich glaube, die Schlichtung führt zu einer Beruhigung der Lage. Und das war dringend erforderlich. Sie führt aber auch dazu, dass eine Vielzahl von Menschen sich plötzlich mit einem Projekt in diesem Land und für dieses Land auseinandersetzt. Das ist etwas Positives. Insofern hoffe ich, dass die Tatsache, dass wir sagen, wir haben nichts zu verbergen, wir diskutieren dieses Projekt, wir legen die

Dinge auf den Tisch, wir beantworten Fragen, hilft, dass wieder Vertrauen in Politik entsteht.

PZ: Wie schätzen Sie, mit Blick auf die Landtagswahl, die Auswirkungen von Stuttgart 21 auf die CDU ein?

Gönner: Wenn ich draußen unterwegs bin, ist mein Eindruck der, dass es viele im Land gibt, die sagen, so wichtig Stuttgart 21 ist, es gibt auch noch andere Themen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass bei einer Vielzahl von Menschen allein Stuttgart 21 wahlentscheidend sein wird. Deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass wir als CDU die Chance haben, auch über die anderen Themen Menschen und Stimmen für uns gewinnen können. Ich nehme zudem wahr, dass es eine nicht unerhebliche Anzahl von Menschen gibt, die sagen, wir finden es richtig, dass man zu getroffenen Entscheidungen steht und damit beweist, dass man Dinge schon vorher überlegt hat.

PZ: Wenn wir Sie richtig verstanden haben, dann ist Ihre Sorge, dass Grün-Rot am 27. März vor Schwarz-Gelb stehen könnte, nicht allzu groß. Aber nicht auszuschließen ist, dass sich die CDU einen anderen Koalitionspartner suchen muss. Wen würden Sie bevorzugen – Rot oder Grüne?

Gönner: Natürlich muss man eine gewisse Demut in der Politik haben, dass man sich dem Wähler stellt, und dass man sagt, was ist das Programm für die nächsten fünf Jahre. Und das machen wir. Ich bin aber weit optimistischer als manche Meinungsumfrage derzeit den Anschein gibt, dass man optimistisch sein könnte. Insofern war ich der Bundeskanzlerin für den Satz, 'Werft die Prognosen in den Müllimer und kämpft' sehr dankbar. Weil ich glaube, dass das das Wichtige und Wesentliche ist und wir viele Menschen überzeugen können. Eins ist klar: Wenn Rot und Grün gemeinsam die Chance haben, die CDU in diesem Land abzulösen, dann werden sie es tun. Deswegen ist die Frage, wer könnte sonst Koalitionspartner sein als die FDP eine hypothetische, weil sie voraussetzen würde, dass die Linke in den Landtag kommt. Und wir werden dafür arbeiten, dass es die Linke nicht ins Parlament schafft und Schwarz-Gelb eine Mehrheit hat.

PZ: Und wenn's nicht klappt?

Gönner: Sollte dies der Fall sein, werden wir uns überlegen müssen, wer soll unser Partner sein. Ich bin der-

Gönner: Er ist ein alter Fahrersmann, der ungewöhnlich viel Erfahrung hat – einerseits aus dem politischen Bereich, andererseits dadurch, dass er in den vergangenen Jahren in unterschiedlichen Tarifaueinandersetzungen als Schlichter gearbeitet hat. Er hat eine hohe Reputation, sowohl auf Seiten der Gegner als auch der Befürworter. Ich will nicht leugnen, dass wir ab und zu tief Luft holen müssen. Aber es ist für Heiner Geiß-

ler wichtig, dass er die Unabhängigkeit hat, zugleich aber auch in dem einen oder anderen Punkt leitend wirken kann. Er ist in der Schlichtung als Person sehr wichtig.

PZ: Ministerpräsident Stefan Mappus hat bereits die Sorge geäußert, am Ende der Schlichtung könnte ein teurer Kompromiss stehen. Wie beurteilen Sie das?

Gönner: Man muss natürlich überlegen, was kann das Ergebnis sein. Und man kann nicht ausschließen, dass der Schlichter sagt, es gibt bestimmte Punkte, bei denen er empfehlen würde, nochmals Geld in die Hand zu nehmen oder Veränderungen vorzunehmen.

zeit nicht in der Lage zu sagen: eher Rot oder eher Grün. Wir werden dann genau schauen müssen, wo sind die größten Überschneidungen. Und die Grünen werden sagen müssen, wie ist ihre Position zu Stuttgart 21. Wir werden von unserer Position zu Stuttgart 21 ganz sicher nicht abweichen.

PZ: Wenn man sich den Parteitag in Erinnerung ruft, da wurden sehr heftige Angriffe auf die Grünen laut, sowohl von der Kanzlerin als auch vom Ministerpräsidenten. Hat man sich da nicht die Tür für Schwarz-Grün zugeschlagen?

Gönner: Ich würde andersherum argumentieren: Es gehört zum politischen Geschäft mit dazu, dass man sich deutlich abgrenzt. Das haben die Grünen im Übrigen sowohl im Bundestag als auch im Landtag ebenfalls schon gemacht. Es gehört aber auch mit dazu, dass man am Ende, nach Wahlen, wenn der Wähler seinen Auftrag gegeben hat, erwarten kann, dass man in der Lage ist, miteinander zu sprechen. Aber nochmals: Die Grünen müssen sich dann bei bestimmten Dingen bekennen. Und da gibt es eben ein paar Themen, bei denen wir als CDU der Überzeugung sind, wir wollen Baden-Württemberg weiter voranbringen, wir wollen, was das Thema Wirtschaftswachstum und Wohlstand angeht, vorne bleiben, wir wollen innovationsfähig sein. Und die Grünen werden erklären müssen, ob sie weiterhin eine „Dagegenpolitik“ verfolgen und einen Großteil der Projekte ablehnen, oder ob sie bereit sind, mitzugestalten. Das ist der ganz wesentliche Punkt.

ZUR PERSON

Tanja Gönner

Geboren in: Sigmaringen

Jahrgang: 1969

Studium: Rechtswissenschaften an der Universität Tübingen

Beruf: Rechtsanwältin

Partei: CDU seit 1987

Politische Funktion: Tanja Gönner hat in der CDU eine steile Karriere gemacht. 2002 wurde sie für den Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen in den Bundestag gewählt. Im Sommer 2004 legte sie ihr Mandat nieder und folgte dem Ruf von Ministerpräsident Erwin Teufel, der sie zur baden-württembergischen Sozialministerin machte. Im April 2005 übernahm sie auf Wunsch von Regierungschef Günther Oettinger das Umweltministerium. In dieser Funktion obliegt ihr auch die Überwachung der Atomkraftwerke im Südwesten. Nach dem Regierungswechsel von Oettinger zu Stefan Mappus übertrug ihr der neue Ministerpräsident im vergangenen Februar auch die Zuständigkeit für Naturschutz und Verkehr.

Familienstand: ledig

af



Um keinen Spaß verlegen: Tanja Gönner im Gespräch mit den PZ-Redakteuren Holger Knöferl, Andreas Fiegel und PZ-Verleger Thomas Satinsky (von rechts). Links neben der Umwelt- und Verkehrsministerin ihr Sprecher Karl Franz.